

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Mittelbadischer Courier. 1896-1936 1933**

56 (7.3.1933)

# Mittelbadischer Kurier

Ettlinger Tagblatt

Amtsblatt für Stadt und Bezirk Ettlingen mit den neuesten Handels-Nachrichten

Verlag: Buch- und Steinruderei H. Barth-Ettlingen  
Kronenstr. 26, Fernruf 78, Postfachkonto 1181 Karlsruhe  
Verantwortlich für den politischen Teil Erich Babel-Rastatt  
für den lokalen und Inseraten-Teil H. Barth-Ettlingen  
Druck: R. & S. Greiser, Omb.D. Rastatt, Kaiserstr. 40/42  
Anzeigenannahmeschluss: 9 Uhr. dringende Anzeigen 10 Uhr.

Bezugspreis durch die Post monatlich 1.80 RM; zusätzl. Postgebühren oder durch Träger frei Haus pro Monat: 1.60 RM Einzelnummer 10 Pfa. Im Falle höherer Gewalt hat der Besteller keinen Anspruch auf Entschädigung bei verspäteter oder Nichterscheinen der Zeitung. Abbestellungen können nur bis 25. des Monats auf den Monatsletzten angenommen werden.

Anzeigenpreis: 1 Millimeter Höhe 8 Reichspennia Sammelanzeigen 10 Reichspennia. Reklameanzeigen 25 Reichspennia. Beilagen: Das Tausend 12 Reichsmark. Bei Wiederholung Rabatt, der bei Nichterhaltung des Zieles bei gerichtlicher Vertretung und Konkursen wegfällt. Für Platzvorschrift und Tag der Aufnahme kann keine Garantie übernommen werden.

Nummer 56

Dienstag, den 7. März 1933

Jahrgang 70

## Die politischen Auswirkungen der Wahlen

Das Reichskabinett bleibt unverändert. — Reichsreform auf kaltem Wege. — Lösung der Flaggenfrage auf dem Verordnungswege?

Berlin, 7. März. (Fernruf unserer Berliner Redaktion.) Das Ergebnis der Wahlen zum Reichstag sowohl wie zum preussischen Landtag bedeutet einen Sieg der Regierung. Im Reich beträgt die Regierungsmehrheit etwa 16 Stimmen, in Preußen etwa 14 Stimmen. Außerordentlich bemerkenswert ist an dem Wahlergebnis die Flucht aus dem kommunistischen Lager, die hauptsächlich wohl auf die Vorgänge des Reichstagsbrandes und das scharfe Vorgehen der Regierung gegen die Kommunisten zurückzuführen sein dürfte.

Wie wir bereits gestern berichteten, wird das Reichskabinett heute seine erste Sitzung nach der Wahl abhalten. In erster Linie wird die Frage zur Erörterung stehen, wann der neue Reichstag einberufen werden soll.

Nach der Verfassung muß der Reichstag spätestens 30 Tage nach der Wahl, also am 4. April, einberufen werden. Der Zeitpunkt der Einberufung hängt von der Prüfung des Wahlergebnisses ab, die Regierung will jedoch die Einberufung so schnell als möglich verfügen. Außerdem wird sich das Kabinett noch mit einer Reihe von Maßnahmen beschäftigen, die als politische Folge der Wahl allgemein erwartet werden. Im Vordergrund steht natürlich das Ermächtigungsgesetz und die Flaggenfrage. Hinsichtlich des Ermächtigungsgesetzes lassen sich heute noch keine Voraussetzungen machen. Was die Flaggenfrage angeht, so will die Regierung diese Angelegenheit zum Gegenstand des allerersten Regierungsantrages an den Reichstag machen. Lehnt der Reichstag ab, so will die Regierung den Reichspräsidenten bitten, durch eine Verordnung die staatlichen und städtischen Behörden anzuweisen,

in Zukunft die Flagge Schwarz-Weiß-Rot zu hissen.

Diese Lösung ist praktisch möglich, da es in der Verfassung nur heißt: „Die Reichsflagge ist Schwarz-rot-gold“. Die verschiedenen deutschen Flaggen wurden erst im Jahre 1921 durch eine Verordnung Oberks eingeführt. Man glaubt in politischen Kreisen allerdings, daß diese Lösung vielleicht nicht notwendig sein wird, da man in Regierungskreisen die Hoffnung hat, den Flaggenantrag sowohl als auch das Ermächtigungsgesetz mit Hilfe des Zentrums im Reichstag mit Zweidrittel-Mehrheit durchzubringen. Man glaubt in den politischen Kreisen, daß das Zentrum in der nächsten Zeit stark nach der Regierungslinie hinneigen wird.

Als weitere politische Folge der Wahl dürfte nunmehr auch die geplante

### Reichsreform

zur Durchführung kommen, und zwar auf kaltem Wege. Da die Rechtsparteien nunmehr in Preußen die Mehrheit haben, so ist damit zu rechnen, daß die jetzt zu bildende preussische Regierung einen

### Staatsvertrag mit dem Reich

macht, der praktisch einer Personalunion gleichkommt. Ein ähnlicher Staatsvertrag dürfte zwischen Preußen und Thüringen und zwischen Preußen und Mecklenburg zustande kommen, sodas Thüringen und Mecklenburg in Zukunft gewissermaßen von Preußen aus verwaltet werden. Vielleicht verschwinden auch die freien Städte Hamburg, Bremen und Lübeck als Selbstverwaltungskörper und gehen in Preußen über. In allen drei Freien Städten haben die Nationalsozialisten die Senate zum Rücktritt gezwungen und unter Führung der Sakentkrenzfabne die Macht übernommen. Man kann sich für die nächsten Tage auf

### einige Ueberrassungen

in dieser Hinsicht gefaßt machen. Für Hessen ist bereits ein Staatskommissar bestellt worden, der sein Amt gestern abend noch übernommen hat. Die Entwicklung geht dahin, daß wir möglicherweise in kurzer Zeit

nicht mehr 17 deutsche Länder, sondern nur noch deren sechs bis sieben haben.

Hinsichtlich Süddeutschlands scheint die Regierung noch keine Absichten zu haben doch werden sich auch hier die politischen Verhältnisse klären müssen. In Bayern und Baden fordern die Nationalsozialisten den Rücktritt der jetzigen Landesregierungen. Während in Bayern eine Koalition zwischen Nationalsozialisten und Bayerischer Volkspartei möglich erscheint, wird diese Lösung in Baden von den Nationalsozialisten vorläufig abgelehnt. Es wird abzuwarten sein, wie sich die Dinge weiter entwickeln.

### Die Männer des neuen Reichstags

Berlin, 7. März. An der Spitze der von der N.S.D.A.P. in den Reichstag gewählten Männer steht der Reichstanzler Siller, dann folgen Reichsminister Dr. Fric und Gbrina. Unter den weiterhin bereits bekannten Männern der N.S.D.A.P. sind gewählt General von Epp, Rosenberger, Graf Reventlow, Eißler, Dr. Gbbels, Oberst a. D. Hiel, Rechtsanwalt Dr. Frank, Staatsminister Klages, Feder, der Polizeipräsident von Levetzow, Prinz August Wilhelm von Preußen, Rube, General a. D. Eismann. Von der

Kampffront Schwarz-Weiß-Rot sind gewählt Vizetanzler von Baden, Reichsminister Eugenberger und Selbte, Dr. von Winterfeld, Geheimrat Dr. Quack, Professor Dr. Spahn, Laverenz, Freiherr von Freitag-Loringhoven, Dr. Oberhofen, Schmidt-Dannover, Reichsminister a. D. Hergt, Reichsminister a. D. Dr. Koch, Staatssekretär Dr. Bang, Dompropst Dr. Doehring, Dr. Everling. Die Deutsche Volkspartei wird wieder durch Dingeldey und Dr. Hugo vertreten. Vom Zentrum ist Reichstanzler a. D. Dr. Brüning, Dr. Raas, Reichsminister a. D. Dr. Stegerwald, Ober Reichstanzler a. D. Dr. Birth, Reichsminister a. D. Dr. Hermes, Dr. Altkner, Dr. Bodet gewählt. Die Bayerische Volkspartei ist wieder an erster Stelle durch Domdefan Lecht vertreten. Von der Staatspartei wird man im neuen Reichstag den Reichsminister a. D. Dr. Dietrich, den württembergischen Wirtschaftsminister Dr. Maier und Zimmermann. Von der Sozialdemokratie sind gewählt Wels, Christophen, Dr. Breitheid, Dr. Dilsberding, Landsberg. Von den Kommunisten der zur Zeit verhaftete Thälmann, auch Pief und Kemmele sind wieder vorhanden.

### Alterspräsident wieder General Eismann

Berlin, 7. März. Alterspräsident des neugewählten Reichstages wird wiederum, wie wir erfahren, der nationalsozialistische Abgeordnete General Eismann, der 88 Jahre alt ist, werden. General Eismann, der auch Mitglied des neugewählten preussischen Landtages ist, wird auch in diesem Parlament die Geschäfte des Alterspräsidenten führen

## Eingreifen des Reiches in Hessen, Lübeck und Bremen

Berlin, 7. März. Wie amtlich verlautet, hat der Reichsminister des Innern im Interesse der öffentlichen Ruhe und Sicherheit die Befugnisse der obersten Landesbehörden in Hessen, in Bremen und in Lübeck übernommen und Reichskommissare bestellt.

Für Hessen wurde bis auf weiteres Regierungsrat Müller vom Finanzamt Alsfeld mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt. Der hessische Staatspräsident wurde von Regierungsrat Müller unterrichtet, daß er (Dr. Müller) zum Polizeikommissar vom Reichsinnenminister Dr. Fric bestellt sei und daß er hiermit den ihm übertragenen Posten anträte.

Sowohl in Hessen, wie in Bremen und Lübeck wurden nach dem Wechsel in der Geschäftsführung die Sakentkrenzfabnen auf den staatlichen und städtischen Gebäuden gehißt.

Die thüringische Regierung hat die Organisationen des Reichsbanners und der Eisernen Front verboten.

In Braunschweig wurde von der Staatsregierung das Tragen von allen sozialdemokratischen und kommunistischen Abzeichen verboten.

## Badische Regierung soll zurücktreten

Sakentkrenzfabnen auf öffentlichen Gebäuden  
Telegrafischer Einspruch der badischen Regierung in Berlin

Karlsruhe, 7. März. Der badische Gauleiter der N.S.D.A.P. Landtagsabgeordneter Walter Köhler, hat gestern nachmittag an das badische Staatsministerium folgenden Brief gerichtet: „Angesichts der politischen Situation erwarte ich den sofortigen Rücktritt der badischen Staatsregierung und die Bildung einer neuen badischen Regierung unter nationalsozialistischer Führung entsprechend dem Ausgang der gestrigen Reichstagswahl.“

Die badische Regierung hielt bereits am Montagvormittag eine Kabinettsitzung ab, in der sie sich vor allem mit dem Hissen von Sakentkrenzfabnen auf staatlichen Gebäuden befahte und den telegraphischen Einspruch beim Reichstanzler und Reichsinnenminister beschloß. In den Nachmittagsstunden trat die Regierung abermals zusammen, um zu dem Brief des Gauleiters der N.S.D.A.P. in dem der Rücktritt der Regierung gefordert wird, Stellung zu nehmen.

Ueber den Ausgang dieser Kabinettsitzung ist bisher noch nichts bekannt geworden.

Die der Badische Landespressedienst erfährt, hat das Kabinett der durch den badischen Gauleiter und Landtagsabgeordneten Köhler friedlich gestellten sofortigen Rücktrittsforderung nicht entsprochen.

### Rundfunkvortrag der Regierung

Berlin, 7. März. Zur Lage nach der Reichstagswahl spricht auf Veranlassung der Reichsregierung der Leiter der Pressestelle der Reichsregierung, Ministerialdirektor Funk, heute von 19.30 bis 20 Uhr. Der Vortrag wird über alle deutschen Funkender verbreitet.

### Das Wahlergebnis in Prozenten

Berlin, 7. März. Bei den Wahlen zum Reichstag und zum preussischen Landtag erhielten die einzelnen Parteien die folgenden Hundertsätze der Gesamtstimmenzahlen: (Die eingeklammerten Ziffern geben die Hundertsätze der Reichstagswahl vom 6. November 1932 und der Landtagswahl vom 24. April 1932 wieder)

|                     | Reich             | Preußen           |
|---------------------|-------------------|-------------------|
| N.S.D.A.P.          | 48,9 v. H. (33,1) | 43,2 v. H. (36,3) |
| Mit Hindenburg      | —                 | 0,7 v. H. (—)     |
| S.P.D.              | 18,2 v. H. (20,4) | 16,5 v. H. (21,2) |
| F.P.D.              | 12,2 v. H. (16,9) | 13,1 v. H. (12,8) |
| Zentrum             | 11,1 v. H. (11,9) | 14,1 v. H. (15,3) |
| Kampffront          | 7,8 v. H. (8,3)   | 9,8 v. H. (6,9)   |
| Bayr. Vp.           | 2,7 v. H. (3,1)   | —                 |
| D.V.P.              | 1,8 v. H. (1,9)   | 1,1 v. H. (1,5)   |
| Chr. S. Bd.         | 0,9 v. H. (1,2)   | 0,9 v. H. (1,2)   |
| Staatsp.            | 0,8 v. H. (1,0)   | 0,7 v. H. (1,5)   |
| Di. Bauernp.        | 0,2 v. H. (0,4)   | —                 |
| Württemberg. Weing. | 0,2 v. H. (0,3)   | —                 |
| Hannoveraner        | 0,1 v. H. (0,2)   | 0,2 v. H. (0,3)   |
| Polen               | —                 | 0,2 v. H. (—)     |

### Die Mehrheitsverhältnisse im Reich:

Regierungsblok 341 Mandate

Opposition 306 Mandate

647 Mandate

### Mehrheitsverhältnisse in Preußen:

Regierungsblok 254 Mandate

Opposition 220 Mandate

474 Mandate

### Neuwahlen in Hessen

Darmstadt, 7. März. Amtlich wird mitgeteilt: „Im Hinblick auf das Ergebnis der Reichstagswahlen hat die Hessische Staatsregierung an den Landtagspräsidenten das Ersuchen nach sofortiger Einberufung des Landtages gerichtet, mit dem Antrag auf Auflösung des hessischen Landtages und sofortige Anberaumung von Neuwahlen. Für den Fall der Ablehnung des Antrags im Landtag ist die Regierung entschlossen auf Grund eines Volksbegehrens von sich aus unverzüglich die Auflösung und Neuwahl des Landtages herbeizuführen, damit entsprechend einer wiederholt offiziell zum Ausdruck gebrachten Ansicht so rasch wie möglich auf verfassungsmäßiger Grundlage die Neubildung der Regierung des Volksstaates Hessen vollzogen werden kann.“

Es soll aber Geneigtheit bestehen, in Verhandlungen über eine Erweiterung der Regierung mit der N.S.D.A.P. einzutreten

Irgendwelche Schritte nach dieser Richtung hin sind jedoch von Regierungsseite noch nicht aufgenommen worden. Dazu hören wir weiter, daß die N.S.D.A.P. auf ihrer vor wenigen Wochen schon geäußerten Forderung nach beschleunigten Neuwahlen des Badischen Landtags festhalten werde. Daraus würde sich ergeben, daß auf Seiten der N.S.D.A.P. keine Neigung besteht, mit der derzeitigen Regierung irgendwelche Verhandlungen zu führen, oder gar mit ihr eine Koalition einzugehen. Gegenüber den schon aufgetauchten Gerüchten, wonach in den nächsten Tagen ein Reichskommissar in Baden erscheinen würde, glauben wir auf Grund unserer Informationen feststellen zu können, daß die Frage eines Reichskommissars für Baden nicht akut sei.

Karlsruhe, 7. März. Gestern vormittag wurde auf den Rathhäusern einer großen Anzahl badischer Städte und Gemeinden die Sakentkrenzfabne aufgezogen. Auf dem

### Karlsruher Rathaussturm

wurde sie von einer Abteilung der SA angebracht. Als der Oberbürgermeister Einspruch erhob, wurde die Fahne ein-





